

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postcheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler, Berlin S 14, Inselstraße 8 a).

NUMMER 30 B

BERLIN • Freitag, den 5. Februar 1932

1. JAHRGANG

### Wo bleibt die Einheitsfront?

Von Willi Eichler.

Wir haben im „Funke“ vom 29. Januar den Vorschlag gemacht, daß die deutsche Arbeiterschaft die Reichspräsidentenwahl benutzen solle zu einer gemeinsamen Aktion gegen die Reaktion und den Faschismus. Wir haben vorgeschlagen, daß unter der Initiative der Freien Gewerkschaften sich ein Ausschuß bilden solle, der alle an der Einheitsfront tatsächlich interessierten Organisationen einladen und die notwendigen Schritte für die Aufstellung und Wahl eines gemeinsamen Kandidaten der Arbeiterschaft einleiten sollte. Zustimmung zu diesem Vorschlag haben wir aus allen Kreisen der Interessierten erhalten — von Gewerkschaftskollegen und Kommunisten, von Sozialdemokraten und Pazifisten, von Parteilosen und Sozialisten außerhalb der SP und KP. Auch einige der Organisationen der genannten Genossen haben geantwortet (wir werden die Antworten vielleicht später veröffentlichen). Die Hauptverantwortlichen für das Gelingen einer einheitlichen Front aber: die Leitung der Gewerkschaften hat noch nichts unternommen, was die Arbeiterschaft über die Ziele der Gewerkschaften in der Frage der Reichspräsidentenwahl beruhigen könnte. Sie hat nicht nur nicht auf unseren Vorschlag geantwortet — was immerhin wohl möglich gewesen wäre, auch wenn sie noch keine endgültige Stellungnahme hätte abgeben können. Was viel schlimmer ist: sie hat bisher überhaupt noch nichts verlauten lassen über ihre Pläne in bezug auf die kommende Wahl.

Diese Zurückhaltung ist in jeder Hinsicht außerordentlich schädlich. Denn sie nährt das Mißtrauen innerhalb der Arbeiterschaft, daß es der Leitung der Gewerkschaften nicht ernstlich um einen Kampf zu tun ist. Denn um einen Kampf handelt es sich bei dieser Wahl. Schon hat die SAP in ihrer Zeitung, der SAZ, berichtet, daß LEIPART den Aufruf des SAHM-Ausschusses für die Wiederwahl von HINDENBURG unterschrieben habe, daß man aber aus irgend welchen Gründen diese Unterschrift noch nicht habe veröffentlichen wollen. Tatsächlich ist bekannt geworden, daß einige der Menschen, an die sich SAHM seinerzeit gewandt hatte, zwar mit der Wahl HINDENBURGS sympathisieren, aber vorläufig noch im Hintergrund zu bleiben wünschen. Wir haben bei der Leitung des ADGB angefragt und dort die Antwort bekommen, daß LEIPART den Aufruf nicht unterschrieben habe. Solange nicht das Gegenteil bewiesen wird, halten wir uns selbstverständlich an diese Auskunft. Aber wir sehen an der Zögerung der Gewerkschaften, daß ihnen jedenfalls ein klares Programm der jetzt zu erfolgenden Aktionen offenbar fehlt. Wir müssen von ihnen eine klare Antwort haben, was sie zu dem SAHM-Ausschuss und überhaupt zur Wahl HINDENBURGS zu sagen haben, was sie zu der Frage eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten zu sagen haben, und warum sie noch immer zögern, wenigstens eine Aussprache unter den Vertretern der Arbeiterschaft anzuregen.

Das Bürgertum sammelt sich angeblich um die Person HINDENBURG. Wenigstens kann man dies in den bürgerlichen Zeitungen der Mitte und der Linken lesen. Aber wenn man genauer hinsieht, ist diese Sammlung mehr Wunsch als Tatsache. Der „Stahlhelm“ hat Herrn SAHM eine Absage erteilt, nicht weil er gegen HINDENBURG sei, sondern weil ihm der Ausschuss zu links gerichtet sei. Die Nationalsozialisten — vielleicht die PGs mehr als der Osaf — bestehen vorläufig noch auf einer Kandidatur eines ihrer Parteigenossen. Wie man hört, soll HITLER bereits durch eine geheime „Aktion“ seines Freundes FRICK Deutscher geworden sein, sodaß wohl seiner Kandidatur juristisch nichts im Wege stünde. Es zeigt sich also vorläufig noch eine tolle Verwirrung im gegnerischen Lager.

Diese Spaltung des Bürgertums hat für die Arbeiterschaft gewiß etwas Gutes: Wenn der Gegner durch innerparteiliche Kämpfe erschüttert ist, hat er um so weniger Zeit, sich um die Arbeiterschaft zu kümmern. Aber diese Tatsache ist nur dann von Vorteil für die Arbeiterschaft, wenn sie selber sich aus dem Zustand der eigenen Zersplitterung herauswindet. Wir haben ihr dazu verschie-

### 20% Lohnkürzung für 3 Jahre.

s Kopenhagen, 3. Februar.  
Von dem Aussperrungsbeschuß, den der dänische Arbeitgeberverband am Dienstag ausgesprochen hat, werden etwa

85 000 Arbeiter betroffen. Die Arbeitgeber verlangen eine Lohnsenkung von 20 Prozent für alle geltenden Tarife für die Dauer von drei Jahren.

### 100000 vor der Entscheidung.

R. B. Die freien Gewerkschaften von Nord-Frankreich (Bergarbeiterverband) nahmen zu dem zehnprozentigen Lohnabbau Stellung, den die Bergherren vornehmen wollen. Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen war folgendes: Am 7. Februar sollen Abstimmungen unter den Bergarbeitern stattfinden, an denen sich nicht nur freigewerkschaftliche Arbeiter, sondern auch Nichtorganisierte und Anhänger der roten

Gewerkschaften beteiligen können. Die Beteiligten haben zwei Möglichkeiten, sich zu entscheiden: entweder müssen die weiteren Verhandlungen abgebrochen werden, das bedeutet Streik, oder man setzt die Verhandlungen fort und spricht den Delegierten der Gewerkschaften das Vertrauen aus. Diese Lohnbewegung umfaßt etwa 100 000 Arbeiter.

### Auf die Straße.

#### 3100 im Ruhrgebiet, 2500 im oberschles. Bergbau, 2000 bei Krupp.

r Dortmund, 3. Februar.

Die Verhandlungen beim Demobilisierungskommissar in Arnsberg über den Antrag der KLÖCKNER-Werke auf Stilllegung der Zeche „VIKTOR I/II“ in Rauxel führten zur Genehmigung des Antrages. Demnach wird die gesamte Zeche am 15. Februar stillgelegt. Von der Stilllegung werden etwa 500 Arbeiter und 50 Angestellte betroffen. Ferner haben die KLÖCKNER-Werke zum 15. Februar 148 Mann der Belegschaft der Zeche „Königsborn III/IV“ gekündigt. — Die Harpener Bergbau AG beabsichtigt eine Betriebsbeschränkung auf „ROBERT MÜSER“ durch Entlassung von rund 290 Arbeitern und Angestellten, auf der Schachtanlage „GNEISENAU“ durch Entlassung von über 200 Arbeitern und Angestellten und auf der Zeche „VIKTORIA“ in Lünen durch Entlassung von rund 200 Arbeitern und Angestellten. — Die Bergbau AG Lothringen beantragt die Entlassung von rund 150 Arbeitern auf der Zeche „Vereinigte Präsident“, die Vereinigten Stahlwerke AG (Bergbaugruppe Bochum) die Entlassung von ebenfalls 150 Arbeitern und Angestellten auf der Schachtanlage „Friedlicher Nachbar“, die Gelsenkirchener Bergwerks AG die Entlassung von rund 50 Mann auf der Zeche CARL FUNKE, und die FRIEDRICH KRUPP AG will über 190 Arbeiter und Angestellte auf der Zeche „Hannover III/IV“ entlassen.

g Berlin, 3. Februar.

Ueber Arbeiterentlassungen bei den preußischen staatlichen Bergwerksgesellschaften Recklinghausen und Hibernia teilt der Amtliche Preußische Pressedienst mit: Auf den Zechen Bergmannsglück, Westerholt und Scholwen werden insgesamt 280 Mann entlassen und auf den Zechen MÖLLER und RHEINBAEN Kurzarbeit — versuchsweise Dreitagewoche — eingeführt. Auf den Shamrockzechen der Bergwerksgesellschaft Hibernia wird die Belegschaft um 580, auf WILHELMINE VIKTORIA um 300 Mann vermindert. Auf Blumenthal I/II und Schlägel Eisen I/II wird Kurzarbeit mit drei Schichten wöchentlich versuchsweise eingeführt.

f Kattowitz, 3. Februar.

Die Kleophas-Grube in Zalenze wird bis Juli dieses Jahres stillgelegt, wodurch für diese Zeit etwa 2500 Arbeiter brotlos werden. Der Demobilisierungskommissar, der von den Arbeitergewerkschaften ersucht wurde, die Stilllegung zu verhindern, erklärte sich außerstande, irgend etwas zu unternehmen, da gegen eine vorübergehende Stilllegung keine gesetzlichen Vorschriften bestünden.

l Essen, 3. Februar.

Die FRIEDRICH KRUPP AG, Essen, hat vorsorglich Antrag auf Entlassung von rund 2000 Arbeitern und Angestellten bei dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf gestellt.

### China-Japan-Krieg.

Am heftigsten tobt der Kampf in Schanghai. Das japanische Generalkonsulat hatte den anderen konsularischen Vertretungen mitgeteilt, daß die Japaner die Wusung-Forts besetzen würden. Es setzte sofort eine starke Beschießung der Forts seitens der Japaner ein. Die Chinesen wideretzten sich dem Angriff mit aller Kraft; die freiwillige Uebergabe der Forts wurde entschieden abgelehnt. Ein japanischer Zerstörer wurde bei diesen Kämpfen durch chinesisches Artilleriefeuer versenkt. Nach den neuesten Meldungen aus Schanghai sollen die Forts durch die Beschießung voll-

kommen zerstört sein. Es heißt, daß die chinesischen Verteidiger gefallen oder nach Schanghai geflohen seien.

Am Mittwoch unternahm die Japaner einen neuen Angriff auf den Nordbahnhof in Schanghai. Er wurde abgeschlagen. Der Bahnhof und die Chinesenstadt Tschapei wurden von japanischen Flugzeugen mit Bomben beworfen.

Die internationale Niederlassung bleibt begrifflicherweise bei solchen Kämpfen nicht verschont. Der amerikanische Oberbefehlshaber in Schanghai hat veranlaßt, daß aus dem

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

dene Anregungen gegeben. Die im Augenblick wichtigste und einfachste Tat, die eine Sammlung der Arbeiterschaft bedeuten könnte, ist die vor uns liegende Wahl. Wird dieser Kampf aufgegeben oder auch nur liederlich geführt, dann ist auf ziemlich lange Zeit hinaus die Aufnahme gemeinsamer Aktionen wesentlich schwieriger als heute.

Aber die Spaltung des Bürgertums bedeutet keine reine Freude für die Arbeiterschaft. Es ist nämlich sehr wohl möglich, daß bei Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterschaft die Spaltung des Bürgertums dazu führt, daß HITLER oder einer seiner Kumpane Reichspräsident wird. Die bisherige politische Erfahrung hat gezeigt, daß in den Kämpfen der Nazis gegen das Bürgertum (also in den Wahlkämpfen) die Nazis bei weitem die Ueberlegenen waren. Und wenn die Arbeiterschaft

gespalten bleibt, also etwa THALMANN und ein anderer Kandidat der Arbeiterschaft auftreten, und wenn dazu HINDENBURG und HITLER in den Ring kommen, dann ist ein Sieg HITLERS sehr wohl möglich.

Und hier, an dieser Stelle der Ueberlegung könnte ein unentwegter Reformist auf den Gedanken kommen: Da die Sache also ziemlich kompliziert ist, und da sonst vielleicht HITLER ans Ruder kommt, wählen wir lieber alle zusammen gleich HINDENBURG, und lassen Kommunisten und Nationalsozialisten allein. In der Tat würde eine solche Ueberlegung nicht einer gewissen Logik entsprechen. Nur könnte man dann gleich ganz Schluß machen mit der Arbeiterbewegung und sich gleich, wie sich das für waschechte Reformisten auch gehört, „dem Wohlwollen des Regenten empfehlen“. Denn es ist klar:

sicher vor einem Kampf ist man nur dann, wenn man von vornherein alles zu schlucken sich bereit erklärt, was die Herren zu servieren belieben.

Zum Glück hängt die Entscheidung über die völlige Kapitulation der Arbeiterschaft nicht nur bei ihren Funktionären — bei ihren Führern zu sagen, verbietet die Ehrlichkeit und die Achtung vor dem Beruf des Führers, des Wegweisers. Daß Neigung bei dem reformistischen Funktionärkörper der deutschen Arbeiterschaft besteht, sich HINDENBURG und seinem Ausschuss anzuschließen, kann in der Tat nicht geleugnet werden. NOSKE hat den Aufruf bereits offen unterschrieben mit dem ihm eigenen Zynismus, den er wohl für Ehrlichkeit hält, und der ihm auch die Worte in den Mund gelegt haben soll seinerzeit, als es galt, revolutionäre Arbeiter zu „beruhigen“: Einer muß der Bluthund sein! Nun, und NOSKE ist nicht der einzige seiner Art in seiner unsagbar traurigen Partei. Sicher haben manche seiner sozialdemokratischen Freunde seinen Schritt gutgeheißen. Der „Vorwärts“ verliert jedenfalls kein Wort der Mißbilligung über diesen Akt seines Parteigenossen. Und er hat auch an dem berüchtigten Aufruf des Herrn SAHM, an diesem militaristischen Salto strammsteh-lüster Korporale, nichts auszusetzen als die „starke Beförderung des Militärischen“. Was die Freien Gewerkschaften zu diesem Aufruf sagen werden, steht noch aus.

Man möge der Arbeiterschaft nicht damit kommen, daß die Wahl HINDENBURGS das kleinere Uebel sei. Sie ist es gegenüber einer Wahl HITLERS selbstverständlich. Aber niemand darf uns die Alternative THÄLMANN-HINDENBURG-HITLER als unabweislich hinstellen, der nicht alles versucht hat, sie abzuwenden. Abgewendet werden kann sie nur dadurch zu Gunsten der Arbeiterschaft, daß die Arbeiter weder HINDENBURG noch HITLER zu wählen brauchen. Gewiß könnten sie auch THÄLMANN wählen, und die Frage wäre theoretisch gelöst. Aber eben auch nur theoretisch: Denn wie die Dinge liegen, kann bei dem gegenwärtigen Zustand der deutschen Arbeiterbewegung niemand darauf rechnen, daß THÄLMANN von den Sozialdemokraten empfohlen werden wird.

Gerade weil wir wissen, daß weder ein kommunistischer noch sonst ein ausgesprochener Parteimann der gemeinsame Kandidat der Arbeiterklasse sein kann, haben wir den Vorschlag des Ausschusses gemacht, der sich über die Aufstellung eines solchen Kandidaten in Ruhe aussprechen und einigen kann.

Weder die SP, noch die KP, noch die Gewerkschaften haben sich bisher geäußert zu unserem Vorschlag. Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß sie es tun werden, obwohl die Möglichkeiten der Ausnutzung dieses Vorschlages naturgemäß immer mehr schwinden. Wir dürfen uns aber auch nicht nur darauf verlassen, daß die Funktionäre zur Einsicht kommen und zum Handeln. Überall müssen diejenigen, die unserem Vorschlag zustimmen, in ihren Organisationen darauf dringen, daß über diesen Vorschlag gesprochen wird, daß die führenden Funktionäre sich darüber äußern. Der Vorschlag muß der Dunkelheit der Schubläden entrissen, und die Sabotage der politischen Vernunft muß abge-bogen werden.

Gelingt es nicht, die Alternative THÄLMANN-HINDENBURG-HITLER zu ändern in die Alternative Arbeiterschaft-Bürgertum, dann wird der Sieger aus diesem Rennen der Zersplitterung der sein, der bisher immer aus dieser Zersplitterung Nutzen gezogen hat: der Faschismus. Und die Gelegenheit, eine Möglichkeit gemeinsamer Arbeiter-Aktion zu schaffen, ist verpaßt. Eine große Probe ist es, vor die die Arbeiter-Funktionäre jetzt noch einmal

gestellt werden: Sie müssen zeigen, ob sie die Arbeiterschaft führen wollen, oder ob sie dem Faschismus Hand-langerdienste leisten wollen. Alle, die sich der gemein-samen Aktion der Arbeiterschaft noch immer wider-setzen, sind solche Handlanger des Faschismus — mögen sie im Vorstand oder ZK noch so großer Arbeiterorgani-sationen sitzen. Aber auch die, die nicht Funktionäre sind, haben die Pflicht, gegen den Faschismus zu kämp-fen und also u. a. auch gegen einen Funktionärkörper.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)  
am Wasser gelegenen Teil der Niederlassung alle japanischen Truppen zurückgezogen werden sollen.

Frische japanische Streitkräfte sind auf dem Weg nach Schanghai.

Dem Ostasiatischen Verein in Hamburg wird von einer Mitgliedsfirma in Schanghai gedrahtet: „Politische Lage kein Grund zur Beunruhigung, aber Geschäft gefährdet.“

Südlich von Charbin wurden die Reste der dortigen chinesischen Armee von japanischen Truppen angegriffen, vollständig geschlagen und entwaffnet. In Charbin sind alle Regierungsgebäude und die Funkstation von Japanern besetzt. Die amerikanischen Frauen und Kinder haben Nanking verlassen. Der in Schanghai liegende amerikanische Zerstörer „Edsall“ hat den Befehl erhalten, nach Nanking zu gehen.

### Die Verhandlungen.

Wie der chinesische Außenminister mitteilt, hat die chinesische Regierung die Vermittlungsvorschläge der Vereinigten Staaten sofort angenommen. Der Vertreter der chinesischen Regierung in Washington wurde beauftragt, den Standpunkt Chinas gegenüber Japan klarzulegen.

Das japanische Kabinett beabsichtigt, auf die fünf Vorschläge der Großmächte in der folgenden Weise zu antworten:

1. Die Einstellung aller Gewaltakte ist annehmbar, vorausgesetzt, daß die Chinesen ebenfalls die Feindseligkeiten einstellen.
2. Japan kann die weiteren militärischen Vorbereitungen erst einstellen, wenn es von der chinesischen Aufrichtigkeit, ebenso zu verfahren, überzeugt ist.
3. Die Zurückziehung der gelandeten japanischen Truppen von Orten, in denen eine größere Zahl japanischer Staatsangehöriger sich befindet, ist unmöglich, bevor nicht die Chinesen ihre Truppen zurückziehen.
4. Japan ist mit der Einrichtung einer neutralen Zone in Schanghai einverstanden und wird möglicher Weise eine ständige Vereinbarung anregen, wonach sich keinerlei chinesische Truppen innerhalb einer festgesetzten Entfernung von der internationalen Niederlassung aufhalten dürfen.
5. Japan ist unter keinen Umständen imstande, sich mit der Teilnahme einer dritten Macht an den chinesisch-japanischen Verhandlungen, soweit die mandschurischen Streitigkeiten in Betracht kommen, einverstanden zu erklären.

Es heißt, daß Japan bei den Verhandlungen anregen wolle, rund um alle chinesischen Häfen neutrale Zonen zu schaffen.

Die japanischen Botschafter in London und Brüssel haben beim Generalsekretär des Völkerbundes Verwahrung eingelegt gegen die Anwendung des Artikels 15 der Völkerbunds-satzung. Die Verhandlungen im Völkerbund sind aufgeschoben worden, bis die Antworten von Nanking und Tokio auf die Vermittlungsvorschläge der Großmächte und der Bericht des konsularischen Untersuchungsausschusses in Schanghai eingelaufen sind.

### Die Haltung der Großmächte in Amerika und Europa.

Noch vor dem Eintreffen der Antworten aus Nanking und Tokio teilte der englische Außenminister, Simon, im englischen Unterhaus mit, die internationale Polizei habe ihre Tätigkeit auch im japanischen Teil der internationalen Niederlassung von Schanghai wieder aufgenommen. Der Angriff am Dienstag sei von Chinesen ausgegangen, die japanische Flugzeuge beschossen hätten; darauf hätten die Japaner mit heftigem Artilleriefeuer geantwortet. Soweit er wisse, seien die Japaner nicht weiter vorgerückt. Der japanische

der die einfachsten Fragen des Tageskampfes und der Interessen der Arbeiterschaft und des Sozialismus sabotiert, statt sie zu beantworten.

Die deutsche Arbeiterschaft hat viele große Kämpfe gegen die herrschende Klasse aufgenommen und gewonnen. Mögen die deutschen Arbeiter von heute etwas von dem Schwung der alten Kämpfer beweisen!

Konsul habe mitgeteilt, daß auch das Gefecht bei den Wusung-Forts durch die chinesische Beschießung eines japanischen Zerstörergeschwaders eröffnet worden sei.

Schottische Truppen sind an Bord eines englischen Kreuzers in Schanghai eingetroffen. Italienische Kreuzer werden voraussichtlich am Freitag von Rom nach Schanghai abfahren.

Wir bringen alle diese Meldungen zunächst ohne Kommentar. Die Bedeutung dieser Ereignisse werden wir selbstverständlich vom sozialistischen Standpunkt aus in nächster Zeit ausführlich erörtern.

## Um die Fürstenabfindung.

h Berlin, 3. Februar.

Der Rechtsausschuss des Reichstags beriet über den sozialdemokratischen Antrag zur Fürstenabfindung. Der Antrag wünscht Ermächtigungen für die Länder, alle Leistungen aus Verträgen oder Urteilen an ehemalige Fürsten und Mitglieder der standesherrlichen Familien sofort einzustellen und die auf Grund von Urteilen und Verträgen zustandegekomme-nen Auseinandersetzungen mit den Fürsten neu zu regeln.

Der Vertreter des Reichsinnenministeriums verneinte die Frage, ob der Antrag mit Artikel 153 der Reichsverfassung vereinbar sei. Dieser Artikel biete die Möglichkeit, auf gesetzlicher Grundlage eine Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit vorzunehmen. Die beantragte Bestimmung stelle sich als eine Enteignung der betroffenen Vermögensrechte dar, die deshalb unzulässig sei, weil die betroffenen Vermögen nicht zu Gunsten des allgemeinen Wohles, sondern zu rein fiskalischen Zwecken in Anspruch genommen werden sollten.

Die Sozialdemokraten brachten einen Zusatzantrag ein, wonach die aus der Nichtzahlung oder Wenigerzahlung ersparten Beträge von dem Lande zur Wohlfahrtspflege, für Kriegsverletzte u. s. w., über das durch Reichsrecht vorge-sehene Maß hinaus zu verwenden sind. Für den Fall der Ablehnung brachten die Sozialdemokraten einen weiteren Ge-setzentwurf ein, der die wiederkehrenden Leistungen an die Fürsten auf Grund von Einigungsverhandlungen herabsetzen will. Wenn eine Einigung nicht zustande komme, soll die Landesregierung entscheiden.

An den Ausführungen des Regierungsvertreters ist ho-merkenswert die Voraussetzung, daß Anwendungen „zu rein fiskalischen Zwecken“ nicht dem allgemeinen Wohle dienen.

Die fraglichen Sätze des Artikels 153 lauten: „Eine Ent-eignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichs-gesetz etwas anderes bestimmt.“

## Erdbeben auf Cuba.

i New York, 3. Februar.

In Santiago de Cuba brach ein heftiges Erdbeben aus, das 30 Sekunden dauerte und zahlreiche Häuser zerstörte. An verschiedenen Stellen der Stadt kam es bald nach den Erd-stößen zu Bränden, durch die die Verwirrung noch erhöht wurde. Die Polizei hat außerordentliche Maßnahmen getroffen, um Plünderungen zu verhindern.

Nach den bisherigen Meldungen sind etwa 200 Personen getötet und 2000 verletzt worden.

Auch die Nachbarstädte Holguin und Guantanamo haben erheblich gelitten.

Ärzte und Pflegemittel werden mit der Eisenbahn, mit Schiffen und mit Flugzeugen zu der Unglücksstätte gesandt.

# WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(29. Fortsetzung.)

Der Bayer erkennt den Versuchsballon in seiner ganzen Größe. Feierlich erwidert er: „Es liegt kein Grund vor, unsere freundschaftlichen Beziehungen zu mindern, Herr Baron.“

Saint Brice guckt in die Brillengläser des Deutschen. „Wir dürfen uns der deutschen Freundschaft versichert halten?“

„Aber ganz gewiß, Herr Baron“, beteuert der andere.

„In jedem Fall? Was auch kommen mag?“

Dr. Haindl lacht harmlos. „Einen Blankowechsel kann ich natürlich nicht ausstellen. In der Weltgeschichte verschie-ben sich zuweilen die Interessen in Jahren und Monaten.“

„Sehr richtig!“ Jetzt packt Saint Brice zu; der Uebergang ist günstig. „Auch zwischen Deutschland und Frankreich kann diese Verschiebung erfolgen, im Sinne einer noch größeren Ver-tiefung unserer Freundschaft, nicht wahr? Der Locarnopakt schließt zwar von Haus aus feindselige Handlungen vom Rhein her aus, trotzdem ließen sich unsere Bindungen noch fester gestalten als bisher.“

„Unbewegt sitzt der Bayer da. Aber im Innern stutzt er wie ein Gamsbock, der Witterung bekommt.“

„Wir haben es ganz in der Hand“, fährt der Franzose liebenswürdig fort, „uns enger zu . . . sagen wir ruhig: zu al-lizieren. Deutschland und Frankreich sind aufeinander an-gewiesen . . .“

„Das habe ich seit Jahr und Tag vertreten!“ wirft Dr. Haindl lebhaft dazwischen.

„Dafür bin ich Ihnen immer dankbar verpflichtet gewesen, Herr Botschafter. Sie und wir, wir beide kämpfen um den Sieg der Demokratie in Europa. Wer soll siegen? Der Faschismus, der den Erdteil zu Kasernenhöfen macht, oder die Demokratie,

die nationale Hegemonien ablehnt und die Freiheit aller Völker verbürgt?“

„Mit Vorbehalt!“ nickt der Deutsche etwas boshaft. „Uebrigens hat auch die Demokratie die Kasernenhöfe noch nicht überflüssig gemacht.“

Der Hieb sitzt, aber der Greis führt eine behende Klinge. „Wir stehen erst am Anfang der Demokratie. Freiheiten, wo sie noch entbehrt werden, können nachgeholt werden! Wird Deutschland zögern, sich für die gemeinsamen Kampf-ziele einzusetzen? Wenn wir uns jetzt aufrichtig zusammen-finden, ist der bedrohte Frieden gesichert. Gegen unser Bündnis wird sich Herr Capponi überraschende Reserve aufer-legen. Stimmen Sie mir zu, Herr Botschafter?“

Der Deutsche schweigt hartnäckig. Da stand das Wort klar gemeißelt im hohen Raum: Bündnis! — Endlich ent-gegnet er ernst und würdig:

„Frankreich—Deutschland als aufrichtige Freunde — es käme neues Leben über die europäischen Ruinen! Sie deuten ein militärisches Bündnis an, Herr Baron?“ Saint Brice nickt eifrig. „Das Wort hätte schon vor Jahren fallen müssen“, fährt Dr. Haindl fort, „dann hätte sich ein andres Wort nicht so bitter in mein Volk eingefressen: Versailles.“

„Dieses Wort kann vergessen gemacht werden, Herr Bot-schafter. Aber Leistung müßte gegen Leistung stehen.“

„Wir haben kein verwendungsbereites Heer“, sagte der Deutsche melancholisch.

Mit unserer Hilfe stampfen Sie es binnen zwei Wochen aus der Erde, wenn es not tate. Ihre Industrie stellt sich von heute auf morgen auf Krieg um.“

„Bleibe immer noch die geistige Verfassung unseres Volkes. Waffenbrüderschaft zwischen Deutschland und Frank-reich, sei es zunächst auch nur auf dem Papier, bedürfte erst eines lango vorgeackerten Bodens. — Mehr als Neutralität in Ihrem Streit mit Rom würden wir kaum in Aussicht stellen können, fürchte ich.“

„Das ist keine Gegenleistung, verhöhrter Herr Bot-schafter“, lüchelt der Franzose mit nervöser Eile. „Ihnen liegt doch daran, daß der Versailler Vertrag kassiert wird,

nicht wahr? Dann müßten Sie uns vollwertigen Ersatz bieten. Denn Polen und die kleine Entente würden uns sofort die kalte Schulter zeigen.“

Wuchtig und behäbig schiebt sich der schwere Körper des Deutschen vom Sessel in die Höhe. Geschäftsmäßig sagt er: „Ein anderer Preis als Neutralität würde meiner Regie-rung vermutlich zu hoch dünken.“ Es klingt nicht anders, als ob er einen zum Kauf angebotenen Gaul ablehnt.

Saint Brice schweigt eine Minute und kombiniert. Neu-tralität? Das bedeutet so gut wie nichts. Frankreich muß vorher wissen, was am Rhein zu erwarten ist. Für das kleine Wörtchen „Neutralität“ soll sich Frankreich um die Früchte eines furchtbar errungenen Sieges bringen lassen? Ob man nicht doch lieber eine Verständigung mit Rom sucht? Eho fremde Finger anfangen, gierig herumzustochern? Aber wird jetzt der Römer nicht am Ende seine Bedingungen höher schrauben? Niemand weiß, ob nicht Rom und Berlin schon heimlich am gleichen Strang ziehen! Aber mit dem Deutschen ist jetzt kein Geschäft zu machen. Saint Brice hat plötzlich veränderte Gesichtszüge. Verbindlich und selbstsicher sagt er: „Was ich Ihnen vorschlug, war nichts weiter als eine unverbindliche Anregung. Es ist möglich, daß Belgrad die römischen Wünsche noch erfüllt, so daß der Stein des An-stoßes beseitigt wäre.“

„Das wäre für alle wünschenswert“, antwortet Dr. Haindl mit biederem Lächeln. Im Herzen weiß er, daß Frankreich sich bereits festgerannt hat, daß ein Rückzug eine folgen-schwere Blamage, womöglich die Zertrümmerung der franzö-sischen Balkanpolitik bedeutet. Der alte Kavalier Saint Brice hat ja im Grunde eine Heidenangst vor dem Krieg! Er will nur die von Deutschland unterstützte moralische Pression auf Capponi!

Als der Botschafter sich verabschiedet, muß er noch eine kleine Drohung einstecken. „Sie wissen“, sagt Saint Brice geschmeidig, „daß Politik die mannigfachsten Wege und Mittel kennt, zum Ziel zu gelangen! So oder anders. Immer-hin bitte ich Sie, Ihrer Regierung meine Gedankengänge zu drahten und mir Antwort zu bringen.“ (Fortsetzung folgt.)

Pensionierter Putschist.

h Berlin, 3. Februar.

In dem Prozeß, den Kapitän EHRHARDT wegen seiner Pension gegen das Reichswehrministerium führt, hat das Kammergericht erneut ein Urteil zu Gunsten EHRHARDTS erlassen. Nachdem EHRHARDT eine Reihe von Jahren im unangefochtenen Besitz seiner Pension geblieben war, wurde ihm 1927 vom Reichswehrministerium mitgeteilt, daß er wegen des Vermögensschadens, der dem Reich durch den Kapp-Putsch erwachsen sei, in voller Höhe herangezogen werde. Das Landgericht I Berlin hat seinerzeit die Einbehaltung des pfindbaren Teils der Pension als zu Recht erfolgt bezeichnet. Das Kammergericht war dagegen der Auffassung des Klägers EHRHARDT beigetreten. Das Reichsgericht hob dann das Urteil auf und verwies die Sache an das Kammergericht zurück. Nuncmehr hat der 11. Senat des Kammergerichts wiederum festgestellt, daß das Reich nicht berechtigt ist, an EHRHARDT Schadensersatzansprüche zu stellen.

Das Ausmarschlokal für „Felseneck“ geschlossen.

h Berlin, 3. Februar.

Auf Grund der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 hat der Polizeipräsident die Schließung des SA-Heims in Berlin-Waidmannslust angeordnet.

Braunschweigs Haushalt „ausgeglichen“.

W. P. Braunschweig, 2. Februar.

Der Minister KLAGGES hat auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast gesagt, daß der Braunschweiger Haushalt ausgeglichen sei. In der Tat: Die Vorlage schließt in den Einnahmen und in den Ausgaben mit 17.557.610 Mark ab.

Wie aber ist der Ausgleich des Haushalts möglich gewesen, trotz des Rückgangs der Einnahmen aus den staatlichen Betrieben und den Steuerüberweisungen des Reiches? Einige Zahlen sollen das zeigen:

Die Ausgaben im Plan des Ministers für Volksbildung sind von 16,3 auf 11,7 Millionen Mark, d. h. um 4,6 Millionen Mark gesenkt worden. An der Volksschule, die 1931 etwa 12,2 Millionen Mark Ausgaben verursachte, werden 3,1 Millionen Mark gespart; der Berufsschule werden gegenüber dem Vorjahr 400.000 Mark entzogen.

An Gehältern und Löhnen werden etwa 8,8 Millionen Mark gespart.

Die Gemeinden sollen an Ueberweisungen aus den Reichsteuern etwa 1,6 Millionen Mark weniger erhalten als im Vorjahr.

Von der Hauszinssteuer sollen etwa 8,6 Millionen Mark für die Staatsverwaltung verwendet werden.

Weitere Zahlen anzugeben erübrigt sich. Ist es unter Anwendung der angegebenen Mittel ein Kunststück, einen Haushalt auszugleichen?

Gehört Politik in die Schule? — Konferenz der Kultusminister.

Ende Januar fand die Konferenz der Kultusminister der Länder unter Vorsitz des Reichsinnenministers GROENER statt. Zur Beratung standen die Entpolitisierung der Schule und die Abiturientenhilfe.

Reichsminister GROENER stellte als einmütige Auffassung fest, daß die Parteipolitik nicht in die Schule gehöre. Die Länder hätten die Möglichkeit, die Teilnahme von Schülern an politischen Versammlungen zu verbieten. Aufs schärfste zu verurteilen sei die Verbreitung von Flugblättern und Zeitungen verbotenen Inhalts unter den Schülern.

Tiermord und Menschenmord.

Die in Grenoble (Frankreich) erscheinende Zeitung „Le Petit Dauphinois“ berichtet:

„Aus Athen wird am 17. Januar 1932 ein furchtbares Drama gemeldet, das sich auf der im Jonischen Meer liegenden griechischen Insel Kephallonien abspielte: Ein Bauer schlachtete ein Lamm vor den Augen seiner beiden Kinder von fünf und sechs Jahren, die seiner Arbeit aufmerksam zusahen. Die beiden Kleinen verschwanden plötzlich. Man beunruhigte sich zunächst nicht über ihr Verschwinden, aber nach einer Weile ging man auf die Suche nach ihnen. Man entdeckte sie in einem Winkel des Bauernhofes, über und über mit Blut bedeckt. Die entsetzten Eltern stürzten auf sie zu und glaubten, daß sie verwundet seien. Aber dem war nicht so. Nicht weit von ihnen fanden die Eltern in einer Blutlache die Leiche eines zweijährigen Kindes. Die beiden Kinder des Bauern erzählten sogleich mit Eifer, daß sie das Kleine geschlachtet hätten. Nachdem sie gesehen, wie ihr Vater das Lamm schlachtete, wollten sie Schlachten spielen. Sie suchten sich ein Messer und riefen das kleine Kind des Nachbarn herbei, um mit ihm zu spielen. Es mußte das Lamm sein. Sie nahmen ihre Rolle völlig ernst und ließen das Messer in den Hals des Kindes, das sogleich starb.“

Dieses grauenhafte Ereignis ist durchaus keine Einzelersehnung. Wir benutzen die Gelegenheit, einige ähnliche Pressemeldungen der letzten vergangenen Jahre in die Erinnerung unserer Leser zurückzurufen:

„Eine Anzahl von Schulbuben hatte sich ein neues Spiel ersonnen. Das Schweineschlachten der Eltern hatte einen so tiefen Eindruck auf sie gemacht, daß sie es nun unter sich versuchen wollten. Das Schwein mußte der siebenjährige Z. von hier (Braunschweig) darstellen. Zuletzt sollte das geschlachtete „Schwein“ auch aufgehängt werden. In Ermangelung einer Leiter warfen die Jungen den Strick, den sie vorher um den Hals des „Schlachtetieres“ gewunden hatten, über den Ast eines Baumes und zogen am anderen Ende an dem Strick, so daß der Junge zwischen Himmel und Erde hing. Ein kleines Mädchen . . . bekam Angst und lief zur Mutter . . . Dadurch wurde dem Knaben das Leben gerettet; denn die entsetzte Mutter lief,

Im übrigen wies der Minister darauf hin, daß die Entpolitisierung der Schule durch positive Maßnahmen gefördert werden müsse, z. B. durch staatsbürgerlichen Unterricht, durch gute Schülerzeitungen und durch Einwirkung auf die Elternkreise.

Da es unmöglich ist, die politischen Probleme und die leidenschaftliche Stellungnahme zu ihnen aus der Schule zu verbannen, handelt es sich nur um die Frage, wie sie in der Schule behandelt werden sollen. Natürlich sollte die sogenannte Verhetzung, die dogmatische Ueberrumpelung des kindlichen Geistes aus der Schule verbannt sein. Denn sie ist ein Unrecht gegen das zarte noch nicht gekräftigte Vermögen selbständigen Denkens im Kinde. Den Gruppen, die dieses Unrecht betreiben, seien es Kirchen oder politische Parteien oder beide gemeinsam, sollte man das Handwerk durch Verbote so weit legen, wie dies durch Verbote geschehen kann. Die Aufgabe, Politik und Schule in ein gutes Verhältnis zu bringen, kann jedoch nur zum kleineren Teil durch Verbote gelöst werden. Die volle Lösung liegt in der Bildung der Lehrer. Ein gebildeter Lehrer behandelt die politischen Fragen wie alle anderen in freier, forschender Arbeitsgemeinschaft mit den Kindern, ohne ihnen auf noch so versteckte Weise seinen Standpunkt, den er nicht verbirgt, aufzunötigen. Freilich: ein hohes Niveau des Lehrstandes ist damit verlangt; aber der Beruf des Erziehers verlangt eben viel. Hier liegt auch eine Aufgabe der Lehrgewerkschaften: dafür zu sorgen, daß mehr und mehr Kollegen durch planmäßige Ausbildung auf jenes hohe Niveau erhoben werden.

Zentrumsmann als Nazifreund.

E. L. Essen, 1. Februar.

Auch in Essen ist nach einer Verfügung des Regierungspräsidenten BERGEMANN in Düsseldorf (SPD) seit einigen Wochen die Hergabe von städtischen Sälen an extreme Parteien untersagt. Auf Grund dieser Verfügung war die KPD gezwungen, ihre Veranstaltungen (z. B. die LLL-Feiern) als Teilkundgebungen in den einzelnen Stadtbezirken in Privatsälen durchzuführen. Den Nationalsozialisten jedoch wurde nach der Anordnung des Regierungspräsidenten der große Stadtgartensaal in Essen für eine Feier zur Verfügung gestellt. (Es handelte sich um eine Trauerfeier für den von Nationalsozialisten erschossenen SA-Mann GUSE.)

Diese Uebertretung einer Anordnung der vorgesetzten Regierungsbehörde begründete der Essener Oberbürgermeister Dr. BRACHT (Zentrum) in der Stadtverordnetenversammlung folgendermaßen: Er habe bedauert, daß durch die Verfügungsverfügung ein Zwang geschaffen worden sei, nach politischen Grundätzen vorzugehen. Wenn man sich frage, welche Partei staatsfeindlich sei, so gelte das nur für die Kommunisten. Das sei der Standpunkt der Reichsbehörden. Erst nach Erlaß der preußischen Verfügung, durch die die nationalsozialistische Partei als staatsfeindliche Partei erklärt werde, habe er die Hergabe der Säle verweigert. Was nun die Ueberlassung des großen Stadtgartensaales an die NS für ihre Trauerfeier am letzten Sonntag angehe, so habe diese Versammlung zu einem Zeitpunkt stattgefunden, an dem politische Versammlungen nicht stattfinden. Außerdem vertrete er die Auffassung, daß diese Versammlung keinen politischen Charakter trug. Er habe sich gesagt, daß er jede Schikane vermeiden wolle.

Für diese Unterstützung durch Wort und Tat sprach der Essener NS-Führer ZUKENS dem Zentrumsmann BRACHT in der Stadtverordnetenversammlung sein Kompliment aus, was seine Wirkung auf BRACHT nicht verheilte: Am 30. Januar erhielten die NS für eine Versammlung, die zu einem Zeitpunkt stattfand, an dem politische Versammlungen im allgemeinen stattfinden, und der der politische Charakter mit dem besten Willen nicht abgesprochen werden kann — Hauptmann GOERING sprach über die politische Lage — wiederum den größten städtischen Versammlungsraum.

so schnell sie konnte, und kam gerade noch rechtzeitig, um ein Unglück zu verhüten.“

„Kassel. Zwei sechsjährige Knaben spielen Metzger. Als Schlachtopfer hatte der eine Knabe den anderen an Händen und Füßen gebunden und schickte sich eben an, mit Messer und Axt auf ihn loszugehen, als Erwachsene erschienen und ein Unglück verhüteten.“

„Aus Roding in Bayern wird berichtet: Einem dreijährigen Gastwirtssohn vertraute man beim Weggehen der Eltern einen Säugling an. Als später die Mutter der Kinder das Zimmer betrat, vernahm sie ein heiseres Schreien aus der Wiege. Der vermeintliche Beschützer bearbeitete mit einem großen Schlachtmesser die Nase des Säuglings, der sich blutüberströmt in der Wiege wälzte. Auf die Frage nach der Ursache des Vorfalles gab der Kleine trauernd zur Antwort: ‚D’ Sau abstechen.‘ — Der Knabe war öfter Zeuge von Schweineschlachtungen und wollte sich hierin anscheinend an seinem Geschwisterchen versuchen.“

„Aus Kandel bei Landau in der Pfalz wird berichtet: Ein fünfjähriger Knabe hatte zugehört, wie in seinem ilterlichen Hause ein Schwein geschlachtet wurde und wollte nun mit einem gleichaltrigen Spielkameraden auch ‚Schwein schlachten‘ spielen. Die Beiden holten sich ein Metzgerbeil, einige Schlachtmesser, eine Schüssel mit heißem Wasser und eine Schüssel zum Blutauffangen. Dann ließ sich der Spielkamerad an Händen und Füßen binden und der Knabe ging tatsächlich ans Schlachten. Er schlug den andern mit dem Metzgerbeil auf den Kopf, daß dieser sofort betäubt war und setzte das Schlachtmesser zum Stich an. Er konnte im letzten Augenblick zurückgehalten und der verletzte Knabe vorm sicheren Tode bewahrt werden.“

„Eine entsetzliche Familientragödie spielte sich im litauischen Kreise Neustadt ab. Ein Landmann hatte in Gegenwart seiner Kinder ein Kalb geschlachtet und zerlegt. Als am darauffolgenden Tage die Eltern vom Kirchgang heimkehrten, bot sich ihnen ein grausiger Anblick. Der dreizehnjährige Sohn hatte den fünf Monate alten Säugling getötet und in derselben Weise zerstückelt, wie der Vater das Kalb. Der Vater geriet darauf außer sich, daß er den Jungen zu Tode prögelte. Die Mutter wurde wahnsinnig. Der Vater wurde von der Polizei verhaftet.“

„Emporhungern muß sich das deutsche Volk“.

So sprach vor einigen Wochen Herr Generaldirektor REUSCH auf einer Tagung des Langnamvereins. Eingedenk dieses Ausspruches werden in der Zeitschrift: „Die Volksernährung und Diätkost“ Speisepläne für Erwerbslose veröffentlicht. Es sind Rezepte zum „Emporhungern“. Die Redaktion bemerkt selbst dazu: „es langt . . . kaum zum Leben“.

Ob wohl die Herren Generaldirektoren und ihre Kollegen, die empfehlen, sich aus der Wirtschaftskrise zu retten durch hungern, schon mal diesen Versuch gemacht haben? Versuchten sie es doch einmal nach den Rezepten der „Volksernährung“! Ich glaube, ihnen würde dabei Hören und Sehen vergehen.

Zum Beispiel:

Grünkernsuppe . . . 0,20 M (250 g Grünkernmehl)
Quarkpudding . . . 0,82 M (500 g Quark, 250 g Grieß, 5 Eier, 1/2 l Magermilch)
Tomatensoße . . . 0,14 M (Tomatenmark)

Für 5 Personen . . . 1,16 M (0,28 M pro Person)
Für dieses Mittagessen ist kein Gramm Fett angesetzt!

Oder:

Spinat . . . . . 0,50 M (1 1/2 kg)
Eierkuchen . . . . . 0,66 M (2 Eier, 500 g Mehl, 1 l Milch, 125 g Fett)

Für 5 Personen . . . 0,96 M (0,19 M pro Person)

Da staunt der Fachmann und der Laie wundert sich!

Oder:

Grießsuppe . . . . . 0,16 M (60 g Grieß, 50 g Fett)
Kartoffelpuffer . . . . . 0,42 M (2 kg Kartoffeln, 40 g Mehl, 125 g Fett)

Für 5 Personen . . . 0,58 M (0,11 1/2 M pro Person)

„Es wird immer besser, immer besser!“

In der „Schule für Ernährung“ hat man ausgerechnet, daß man mit 85,- M im Monat eine fünfköpfige Familie ernähren und dabei sogar noch 5,- M für Obst- und Brotzulagen erübrigen kann.

Welche Gefahr liegt darin, daß solche Berechnungen am grünen Tisch gemacht werden und daß man so unzulängliche Speisepläne in einer so angesehenen Zeitschrift veröffentlicht? Die wenigen Menschen, die vielleicht noch mit Sorge daran gedacht haben, wie die Erwerbslosen wohl von den paar Groschen, die sie erhalten, leben sollen, haben hier endlich die Beruhigungspille: In der „Volksernährung“ steht es schwarz auf weiß, „man kann davon existieren“.

Welchen Zweck hat es überhaupt, in der Zeitschrift „Die Volksernährung und Diätkost“ Speisepläne für Erwerbslose zu veröffentlichen? Die Zeitschrift wird nur von guten Bürgern gelesen. Die Leute jedenfalls, die es angeht, bekommen die Zeitschrift bestimmt nicht zu Gesicht.

Die Zeitschrift „Die Küche“, vom 15. Januar 1932 (herausgegeben vom Internationalen Verband der Köche), veröffentlicht eine Speisefolge, die eine andere Gruppe von „Arbeitslosen“ heute noch kennt.

- Kaviartörtchen „Eden“ . . . . . 6,50 M
Indische Schildkrötensuppe . . . . . 1,25 M
Seezungenfilet „St. Silvester“ mit Maltakartoffeln . . . . . 4,- M
Brüsseler Poularde Mascotte . . . . . 5,- M
frische Ananas en Surfriese . . . . . 5,- M
kleine Näscherlein, Berliner Pfannkuchen . . . . . 0,40 M

20,15 M

dazu Weine à la carte

Edenhotel, Silvester 1931

So solidarisch hungern sich die verschiedenen Volksgenossen in Deutschland empor. Die, die das Emporhungern predigen, mit einem Menü von 20,- M, und die, denen das Hungern gegreift wird, d. h. diejenigen, die zum Hungern gezwungen sind, mit einem Mittagessen von 11 1/2 Pfennig!

„Im Dorfe Kruschevica in der Herzegowina hat ein fünfjähriger Knabe, der seinem Vater beim Schlachten eines Schafes zugehört hatte, sein sechs Monate altes Geschwisterchen durch Messerstiche getötet. In der furchtbaren Erregung hierüber verzetzte der Vater dem Knaben einen tödlichen Schlag und verübte dann Selbstmord. Als die Mutter das Unglück sah, stürzte sie sich ins Wasser und ertrank.“

Wer Kinder kennt, wird sich nicht wundern, daß sie die Erwachsenen nachahmen. Freilich diese machen ihnen im allgemeinen nicht Kindermorde vor; aber es ist schwer, dem unverboenen Gemüt des Kindes klarzumachen, daß, was im Falle des Lammes oder des Schweines erlaubt ist, im Falle der Geschwister und Spielgefährten verboten sein soll; in beiden Fällen handelt es sich um eine Schlachtung. Nur jahrelanger Drill kann schließlich . . . wenn auch nicht in allen Fällen — erreichen, daß das natürliche Gefühl des Kindes so weit verbogen wird, sich an die von Sophisten konstruierte Unterscheidung zwischen Tiermord und Menschenmord zu gewöhnen. Einsehen kann man diese Unterscheidung in den vorliegenden Fällen nicht; darum darf man sich nicht wundern, wenn Kinder sich gelegentlich nicht danach richten.

Es gibt aber nicht nur Kinder, die, wenn schon geschlachtet wird, Menschen und Tiere schlachten. Es gibt auch Kinder, die überhaupt nicht schlachten mögen und sich deshalb weigern, „Geschlachtetes“ zu essen.

Leider wird über die Verrohung von Kindern fast nur dann etwas in die Zeitung geschrieben, wenn eine Mordtat oder etwas ähnlich schweres daraus entstanden ist. Wieviel Rohheitsakte aber auf Grund der Gewöhnung an die Tiermörderie täglich verübt werden, meldet keine Statistik. Die schwere Ungerechtigkeit, deren sich die Eltern er dadurch schuldig machen, daß sie ein Gewerbe hervorrufen, das junge Menschen nötigt, gerade die empfindlichsten Jahre ihres Lebens als berufsmäßige Tiermörder zu verbringen, als Schlachterlehrlinge, hat MAXIMUS SCHWANN in seiner Schrift: „Hat der Mensch das Recht, Fleisch zu essen?“

## Aus der Transportarbeiter-Internationale.

(IGB.) Der Pressedienst der Transportarbeiter-Internationale teilt mit, daß diese seit Beginn dieses Jahres durch den Anschluß eines griechischen Seeluteverbandes, des Jugoslawischen Straßenbahnerverbandes und der Transportarbeiter-Föderation Neuseelands verstärkt worden ist. Die Transportarbeiter-Internationale zählt jetzt Mitgliederverbände in allen fünf Weltteilen.

Welche großartige Aufgabe fällt gerade dieser Internationale heute zu, wo es sich darum handelt, die wehrlosen chinesischen Proletarier wenigstens durch Sabotage von Munitions- und Waffentransporten zu unterstützen! Welche Kraft würde der Arbeiterschaft der ganzen Welt zuströmen, wenn endlich einmal eine große Arbeiter-Internationale als Internationale in Aktion treten würde!

### Massentlassung vorläufig aufgeschoben.

W. S. Duisburg.

Die beabsichtigte Stilllegung der zur Firma KRUPP gehörenden Friedrich-Alfred-Hütte, Rheinhausen, ist wieder rückgängig gemacht worden, da inzwischen neue Aufträge eingegangen sind. Der bereits am 15. Januar 1932 gekündigten Gesamtbelegschaft von 5000 Arbeitern und Angestellten ist damit vorläufig weitere Erwerbsmöglichkeit gegeben. Eine dauernde Vollarbeit dieses größten linksrheinischen Hüttenwerkes ist jedoch nicht garantiert.

Bemerkenswert ist hierbei, daß seinerzeit für die Stilllegung des Werkes notgedrungen sogar die Belegschaft eingetreten ist, weil die Verordnung über die Kurzarbeiterunterstützung sehr ungünstig für die Belegschaft war: Die Feierwochen waren dergestalt angeordnet, daß die Arbeiter niemals in den „Genuß“ der Kurzarbeiterunterstützung kamen, so daß ihr Einkommen noch unter die Arbeitslosenunterstützung sank. Nach Angabe der Werksleitung ließ sich infolge der besonderen Eigenheit der Betriebsverhältnisse des Werkes eine für die Arbeiter günstigere Verlegung der Kurz- und Vollarbeitszeiten nicht durchführen. In diesem Falle hatte also nicht nur die Werksleitung ein Interesse an der Stilllegung, sondern auch die Belegschaft zog diese der bisherigen Kurzarbeit vor.

### Berliner Verkehrs-Gesellschaft und Doppelverdiener.

u. Berlin, 3. Februar.

Die Leitung der Berliner Verkehrsgesellschaft möchte unter allen Umständen Entlassungen von Personal und noch weitere Einschränkung der Arbeitszeit unter die Vierzigstundenswoche hinab vermeiden. Dem weiteren Personalüberfluß soll nach Möglichkeit dadurch begegnet werden, daß Arbeitnehmer mit doppeltem Einkommen bei der BVG auf eine Reihe von Wochen oder Monaten aussetzen. Hierdurch soll es möglich sein, die wirtschaftlich schwächeren Arbeitnehmer weiter zu beschäftigen.

Jeder Arbeitnehmer hat einen Fragebogen zum Zwecke der Feststellung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse zu beantworten bekommen. Diese Bogen sind die Unterlage für die durchzuführende Maßnahme.

Es soll keinerlei schematische Entscheidung getroffen, sondern jeder Einzelfall soll individuell behandelt werden. Geringfügiger Nebenerwerb bleibt gänzlich unberücksichtigt; außerdem wird in jedem Einzelfall mit dem Arbeitnehmer besonders verhandelt.

Hoffentlich führt dieser beabsichtigte Versuch zu einem befriedigenden Ergebnis. Der Belegschaft ohne einen Neben-

### Öffentliche Versammlungen des ISK:

**Berlin:** Donnerstag, den 4. Februar, Bezirk Prenzlauer Berg, 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Die Stellung des ISK zur Präsidentenwahl.

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

### Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

### Oscar Wettig, Gelnhausen

### Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat

für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

# ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Der „ISK“ behandelt alle wichtigen Fragen des Klassenkampfes.

Er gehört in die Hand aller denkenden Menschen als

### Waffe im Kampf gegen die Ausbeutung!

Einzelhefte 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK“ erscheint monatlich und kostet 20 Pf., ausschließlich Porto

IVA G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8 a

erwerb, deren Bezüge durch Lohnherabminderung und Arbeitszeitverkürzung schon erheblich herabgesetzt worden sind, könnten dadurch weitere Opfer erspart werden.

### Gewerkschaftsarbeit am Arbeitsgericht.

Vom Gesamtverband in Frankfurt a. M. wurden im verflossenen Jahr 466 Klagen am Arbeitsgericht durchgeführt. 382 Klagen (das sind 82 Prozent aller Klagen) wurden mit vollem oder teilweisem Erfolg durchgeführt. Durch Einspruchsklagen gegen Kündigungen konnte bei 60 Kollegen die Entlassung verhindert werden. Als Abgangsentschädigung für entlassene Kollegen wurden 20 470 Mark erstritten; bei Lohn- und sonstigen Klagen 21 363 Mark; insgesamt 41 833 Mark. In wieviel Fällen aber werden sich Kollegen überhaupt nicht gegen unberechtigte Maßnahmen ihrer Arbeitgeber gewehrt haben?

Auf jeden Fall zeigen die Zahlen aber, daß die Unternehmer die schwache Position, in der sich die Arbeiter heute befinden, in starkem Maße auszunutzen versuchen. Eine um so dringendere Notwendigkeit ist es heute für jeden Kollegen, seinen Verband zu stärken. H. L.

### Ein Verbraucherstreik.

L. G. Frankfurt/M., 31. Januar.

In verschiedenen Orten des Oberrheinkreises ist Ende Dezember 1931 eine Bewegung der Licht- und Kraftstromverbraucher gegen die hohen Strompreise entstanden. Verhandlungen der Verbraucherorganisationen mit der Frankfurter Lokalbahn A. G., die den Strom liefert, sind ergebnislos verlaufen und schließlich von der Gesellschaft abgebrochen worden. Die Bewohner von Oberursel sind daraufhin am 1. Januar in den Streik getreten. Durch die Einschränkung des Stromverbrauchs auf ein Mindestmaß soll die Lokalbahn A. G. zum Abbau der Strompreise gezwungen werden. Diesem Vorgang haben sich auch die Einwohner von Bad Homburg und Friedrichsdorf angeschlossen.

Inzwischen hat nun die Lokalbahn A. G. die Strompreise gesenkt. Der Grundpreis für Lichtstrom wurde von 0,53 Mark auf 0,48 Mark, der Grundpreis für Kraftstrom von 0,33 Mark auf 0,28 Mark je kWh herabgesetzt. Der Streik der Verbraucher geht jedoch unvermindert weiter, da die Verbraucher die Senkung der Strompreise als ungenügend empfinden. Versammlungen der Streikenden werden abgehalten. Kontrollkommissionen sind eingerichtet, die darauf achten, daß die Streikparolen auch eingehalten werden. Streikbruch soll durch Bekanntmachung der Streikbrecher verhindert werden; Karbid- und Petroleumbeleuchtung feiern Triumphe. Viele hundert Familien benutzen kein elektrisches Licht mehr. Das Handwerksamt hat die Führung des Streiks übernommen.

In den letzten Tagen hat nun der Streik auf weitere Gebiete übergegriffen. In Anspach im Taunus fand eine Protestversammlung gegen die hohen Strompreise statt. Die Stromverbraucher der Gemeinden Anspach, Rod am Berg und Hausen erklärten sich mit den Streikenden solidarisch. Wenn in den nächsten Tagen die Strompreise nicht gesenkt werden, wird auch in diesem Gebiet gestreikt. Die Rätegenossen des Kreises Usingen nahmen in einer Dienstversammlung zu den Strompreisen und dem Streik Stellung: Sie fordern in einer Entschließung von der Lokalbahn A. G. eine weitere Herabsetzung der Strompreise, da sonst der Lichtstreik im ganzen Kreis Usingen nicht vermieden werden könne.

Auf den Ausgang dieses Streiks werden wir noch zurückkommen.

### Sozialdemokratische Ziele.

In einer sozialdemokratischen Massenkundgebung in Bochum am 31. Januar 1932 erklärte der Redner OSTERROTH wörtlich:

„Wir haben unsere Pflicht im Kriege erfüllt, um Deutschland nicht untergehen zu lassen.“

„Wir Sozialdemokraten mußten das wilde Fleisch der Arbeiter- und Soldatenräte bändigen. Wir haben sie abgeseilt nach und nach. Ohne die SPD wäre schon damals Mord und Totschlag ausgebrochen.“

„Wo war HITLER im Jahre 1923, um die französischen Filous (sprich: Schurken, Bl.) abzuschütteln, die POINCARÉ uns auf den Hals geschickt hatte?“

„Kein Sozialdemokrat ist mit dem Versailler Vertrag, mit YOUNG- und DAWES-Plan einverstanden. Es fragt sich nur, wie man das abschüttelt! Ich glaube, dazu gehört ein einiges Deutschland!“

„Für das Evangelium CHRISTI, daß der Besizende dem Besitzlosen abgebe, dafür loben und sterben wir.“

„Meine Pfründe (als Bergwerks Direktor, Bl.) geht zum großen Teil an die Armen, wie CHRISTUS befohlen . . . Ich versuche, danach zu handeln.“

Zur Reichspräsidenten-Wahl, dem brennenden Thema der Stunde, hatte OSTERROTH nur die beschämende Erklärung abzugeben:

„Wenn wir die Wahl zwischen HINDENBURG und v. EPP haben, dann fällt uns die Wahl nicht schwer.“

### Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Donnerstag, den 4. Februar.

Berlin:

15.40 WOLFGANG SORGE: Chinesen, Japaner, Europäer in der Mandchurei.

Königs wusterhausen:

19.30 Dr. K. WILD: Gibt es in der deutschen Landwirtschaft Interessensgegensätze zwischen Getreidebau und Veredlungswirtschaft?

Langenberg:

18.20 Dr. ZITZEN: Markenbutter als Absatzerleichterung.

Leipzig:

14.00 Dr. WESTPHAL: Wie man in Amerika die Arbeitslosigkeit bekämpft.

19.00 M. STRÖZ: Lesen Sie einmal den Tarifvertrag nach.

Mühlacker:

19.05 Dr. H. REUPKE: Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftslage in Italien. (Reupke ist unseres Wissens Nationalsozialist. D. Red.)

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

Freitag, den 5. Februar.

Berlin:

17.35 Dr. BUWERT: Ist Deutschland in seiner Nahrungsmittelversorgung heute unabhängig vom Auslande?

Leipzig:

17.30 Wissenschaftliche Umschau. KURELLA: MUSSOLINI ohne Maske.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Die Sowjetunion und die Abrüstung.

## BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“

vom ..... ab zum Preise von monatlich

2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

### Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

### Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

### Otto Pfothhauer

Welmar, Röhrstraße 40

Verlangen Sie Angebot!

### FREUNDE UND LESER

der neuen Tageszeitung „Der FUNKE“. Wir bitten dringlich um tatkräftige und erfolgreiche Unterstützung. Werdet feste Bezieher und

### WERBT

Abonnenten. Ein fester Abonnentenstamm ist das beste Fundament. Werbt deshalb eifrig. (Einen neuen Abonnenten im Monat sollte jeder schaffen.)

### GEBT

und sammelt Beiträge zum Pressefonds, damit wir auf- und ausbauen können.

### BRINGT

uns Inserate und inseriert selber. Wir empfehlen unseren Lesern täglich die Anzeigen zu beachten und zu bevorzugen.

Postanschrift: IVA, G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postscheckkonto: Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler).

## Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!

### Lest die politischen Schriften Leonard Nelsons,

die gerade in der heutigen Zeit des Chaos und der Ziellosigkeit besondere Bedeutung haben. Der Einführung in Nelsons Ideen dient vor allem die Schrift:

### Öffentliches Leben

85 Seiten

80 Pfennige

Zu beziehen durch jede Buchhandlung od. direkt vom Verlag (Postsch. · Hannover 606 49)

Verlag „Öffentliches Leben“ / Berlin S 14

## Der französische Staatshaushalt.

k Paris, 3. Februar.

Der Finanzausschuß der Kammer hat am Mittwoch seine vorbereitenden Haushaltsberatungen abgeschlossen. Die Einnahmen wurden auf 41 104 Millionen Franken und die Ausgaben auf 41 090 Millionen Franken festgesetzt.

## Stützung der größten französischen Schiffahrtsgesellschaft.

Ministerpräsident LAVAL hat am Mittwoch die bereits angekündigte Abordnung aus St. Nazaire empfangen, die wegen der Verweigerung des staatlichen 300-Millionen-Zuschusses für die Compagnie Générale Transatlantique durch den Senat vorstellig wurde. Die Werft, die mit dieser Finanzierung fest gerechnet hatte, sieht sich genötigt, den Bau der beiden Ozeanriesen einzustellen.

Am Mittwoch abend fand eine Sitzung des Finanzausschusses des Senats statt. Bei dieser Gelegenheit ergriff Ministerpräsident LAVAL das Wort, um den Senat in der Frage des 300-Millionen-Kredits an die Compagnie Générale Transatlantique umzustimmen.

Nachdem der Präsident des Senats und der Handelsminister ihr Gutachten abgegeben hatten, erklärte der Ausschuß sich unter Umständen bereit, den für eine Übergangszeit nötigen Kredit zu bewilligen. Es handelt sich angeblich um 110 Millionen Franken für die Aufrechterhaltung des Betriebes und um 90 Millionen Franken für die dringendsten Zahlungen.

## Arbeitslosigkeit in Belgien.

s Brüssel, 3. Februar.

Die Zahl der Vollarbeitslosen beträgt gegenwärtig 128 000, die der Teilzeitarbeitslosen 159 000. Im vergangenen Monat betrug die Gesamtzahl beider Gruppen 202 000.

## Hitler und Frick — zwei würdige Deutsche.

Veranlaßt durch einige geheimnisvolle Andeutungen ehemaliger Freunde HITLERS und durch nachfolgende Untersuchungen der Regierungsbehörden haben zwei thüringische Staatsbeamte ausgesagt, daß HITLER vor längerer Zeit durch seinen Parteigenossen FRICK, der damals thüringischer Staatsminister war, durch eine Schiebung zum Deutschen gemacht worden sei. HITLER ist unter der Hand als Gendarmeriebeamter von Hildburghausen angestellt worden, er hat auf Dienstantritt und Gehalt großmütig verzichtet; es ist also offenbar, daß er sich die deutsche Staatsbürgerschaft auf diese hinterhältige Weise erschleichen wollte, woraus man leicht sehen kann, was HITLER für nötig hält für den Posten eines Reichspräsidenten. Man sieht weiter daraus, was für Korruptionsmanöver erst im Dritten Reich gang und gäbe sein mögen.

HITLER hat im sogenannten SCHERINGER-Prozeß in Leipzig, etwa drei Monate nach der Schiebung in Thüringen, unter Eid ausgesagt, er sei staatenlos. Er kann sich nun aussuchen, ob er darauf bestehen will, deutscher Staatsangehöriger zu sein und den Meißel auf sich zu nehmen, oder ob er auf beides verzichten will.

Die „Anstellungsurkunde“ HITLERS soll enthalten haben, daß der „Frontkämpfer des Weltkrieges ADOLF HITLER in München zum Gendarmeriekommissar von Hildburghausen“ ernannt werde. Wenn die Teilnahme als deutscher Frontkämpfer im Weltkrieg genügt, Deutscher zu werden, muß es doch wohl auch den Juden, die als Frontkämpfer auf deutscher Seite am Weltkrieg teilgenommen haben, gestattet sein, deutsche Staatsangehörige zu bleiben. Gerade das aber soll im Dritten Reich nicht der Fall sein, wenigstens sollen die staatsbürgerlichen Rechte der Juden eingeschränkt werden.

Man sieht daraus, wie wenig der nationalsozialistischen Bewegung irgend ein Ideal zu Grunde liegt. Es ist nackte Vettern- und Interessenwirtschaft. Und solche Leute dürfen noch immer Beamte bleiben, wie FRICK zum Beispiel, der erst vor kurzem erneut in den bayerischen Staatsdienst übernommen worden ist.

## POLIKEI.

Von Leo Tolstoj.

(17. Fortsetzung.) Copyright by Insel-Verlag in Leipzig.

Wahrlich, die Tischlerfrau, die sich mit zersauntem Haar und angstvollen Augen in die Ecke ihres Bettes drückte und erzählte, daß sie gehört habe, wie Säcke heruntergefallen seien, bot einen weit schrecklicheren und furchtbareren Anblick als Polikei, obwohl dieser sein Kreuz abgenommen und auf den Balken gelegt hatte.

„Oben“, d. h. bei der Gutsherrin, herrschte dasselbe Entsetzen wie im Gesindehause. Im Zimmer der gnädigen Frau roch es nach Eau de Cologne und Arznei. Dunjascha wärmte gelbes Wachs und bereitete eine Salbe. Wozu die Salbe eigentlich diente, das weiß ich nicht; aber ich weiß, daß die Salbe immer hergestellt wurde, wenn die gnädige Frau krank war. Jetzt war sie so angegriffen, daß ihr Zustand einer wirklichen Krankheit nabekam. Zu Dunjascha war, um ihr Mut zu machen, ihre Tante gekommen und wollte bei ihr übernachten. So saßen sie mit dem zweiten Stubenmädchen und mit Axjutka zu vieren im Mädchenzimmer zusammen und redeten leise miteinander.

„Wer wird denn Oel holen gehen?“ fragte Dunjascha. „Ich gehe um keinen Preis. Awdotja Nikolajewna“, erklärte das zweite Stubenmädchen in entschiedenem Tone.

„Nun gut, dann geh mit Axjutka zusammen!“

„Ich will allein hinlaufen; ich fürchte mich vor nichts“, sagte Axjutka, bekam es aber in demselben Augenblicke mit der Angst.

„Na, dann geh hin, du bist ein verständiges Mädchen, und bitte die alte Anna, die Oel in einem Glase zu geben, und bring's her, aber schülpero nicht über!“ sagte Dunjascha zu ihr.

Axjutka nahm mit der einen Hand den Saum ihres Kleides in die Höhe; und obgleich sie infolgedessen nicht mehr mit beiden Armen schlenkern konnte, schlenkerte sie mit dem einen um so stärker quer zur Richtung ihres Laufes und stützte

## Brief aus Bulgarien.

Von einem unserer Mitarbeiter.

Sofia, Februar 1932.

Seit einiger Zeit treten immer wieder Meldungen auf von Schülerstreiks in Bulgarien. Es heißt, die Schüler seien unzufrieden mit ihren Lehrern, von denen eine ganze Reihe ihrer Gesinnung nach der früheren reaktionären Regierung ZANKOFF anhängen. Revolutionäre Teile der Jugend benutzen die Mißstimmung und den Unwillen der Jugend zu Provokationen, die vielfach in Schülerstreiks übergehen. Diese Streiks sind bisher niedergeschlagen worden, ja man hat von bürgerlicher Seite auf Grund dieser Revolten nicht nur Anlaß genommen, die streikenden Schüler von den Schulen zu entfernen, sondern ganze Schulen zu schließen. In vielen Fällen sind die Schüler daraufhin reumütig zurückgekehrt und haben um die Wiedereröffnung der Schule und ihre Wiederaufnahme gebeten.

Die Reaktionäre schlagen weidlich Kapital aus diesen Ereignissen. Die neue Regierung, so äußert man, sei so herunter, daß sie nicht einmal in der Lage sei, die Revolten von Schulbuben zu verhindern. Bald werde man es erleben, daß auch die Kindergärten in Bulgarien streikten. Der Schluß daraus: Wir brauchen eine starke Hand; denn sonst wird es nicht lange währen, bis der Staat unter dieser „KERENSKI-Regierung“ zugrunde gerichtet wird.

Wie steht es mit einer revolutionären Gefahr in Bulgarien? Wie steht es mit der Stärke der kommunistischen Partei?

In den Wahlen 1919 hatte die KP Bulgariens 119 000 Stimmen. 1920 stieg die Zahl auf 185 000 Stimmen, und bei der Wahl im April 1923, vor dem Sturz der Bauernregierung, auf 204 000 Stimmen.

In den Wahlen vom 21. Juni 1931, nach 8 Jahren schwerster Verfolgung, hat die Partei, die jetzt unter dem Decknamen „Arbeiterpartei“ auftritt, 165 000 Stimmen gesammelt, das bedeutet 7,6 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Es herrscht allgemein die Ansicht, daß der Einfluß der Kommunisten weit größer ist, als das Wahlergebnis verriet. Hätte die Arbeiterpartei die Freiheit gehabt, die sie vor 1923 besaß, so wäre das Wahlergebnis für sie in diesem Sommer weit besser gewesen.

Die Zahl der Partei-Mitglieder ist natürlich viel geringer als die der abgegebenen Wahlstimmen. Man berichtet z. B., daß Gruppen der bürgerlichen Parteien die Arbeiterpartei gewählt hätten. Ebenso haben sich in den Dörfern

viele zur Wahl der kommunistischen Vertreter entschlossen. Das erklärt sich daraus, daß viele Bauern außerordentlich verarmt und sehr stark verschuldet sind, und zum Teil nur das Los von Landarbeitern haben. Sie erwarten von einem kommunistischen Umschwung Land und Tilgung ihrer Schulden. Wie man sagt, befindet sich eine größere Zahl von Dorfspekulanten unter diesen Wählern. Die Bauern, die ihren Besitz wahren konnten, auch die Klein-Bauern, gehören nach wie vor zum bulgarischen Bauernbund.

Das Aufkommen der KP beruht nicht nur auf der elenden Lage weiter Kreise der ländlichen Bevölkerung Bulgariens. Trotz der vielen erbitterten Kämpfe der Reaktionäre gegen sie haben sie Zeiten erlebt, in denen sie eine gewisse Duldung von seiten der Regierung erfuhren. Das hängt so zusammen: In den Jahren innerer Erschütterung der Partei suchte die KP Anschluß an den Bauernbund, der ihr vielfach brüderliche Hilfe erwiesen hat. Die ZANKOFF-Regierung wußte von dieser Verbindung, und da sie den Bauernbund weit mehr fürchtete als die Kommunisten, spekulierte sie darauf, die Kommunisten könnten die Bauernmassen und den Bauernbund am Ende zersplittern und ihm dadurch seine entschlossene Kraft rauben. Diese Politik der ZANKOFF-Regierung hat die KPB damals vor dem völligen Erdrücktwerden gerettet.

Jetzt ist die Regierung ZANKOFF tot; die kommunistische Bewegung ist erstarkt. Ich glaube nicht, daß man allein auf dem Weg des Terrors sie noch beseitigen könnte, selbst wenn die Reaktionäre das wollten. Für den Bauernbund bedeutet das Erstarken der kommunistischen Bewegung eine Gefahr, insofern als sein Programm, das den Aufbau einer starken und selbständigen Bauernschaft zum Ziel hat, mit dem kommunistischen Agrarprogramm in Widerstreit steht. Man darf nicht annehmen, daß in der ländlichen Bevölkerung überhaupt die Ideologie der Kommunisten zu Hause sei; aber die zerrütteten wirtschaftlichen Zustände haben diese Bevölkerung gespalten und die verelendeten Massen zu „Kommunisten“ gemacht. Nur eine planmäßige Bauernpolitik, die den Bauern wieder zu einer eigenen gesunden Wirtschaft verhilft, kann dem Kampf innerhalb der ländlichen Bevölkerung Bulgariens ein Ende setzen und die Rivalität beseitigen, die leider zwischen der kommunistischen Partei und dem Bauernbund besteht und die der reaktionären Regierung sehr gelegen kommt.

## „Arbeitslose — besorgt euch Gartenland!“

H. P. Köln, 3. Februar.

In allen Arbeits- und Wohlfahrtsämtern der Stadt Köln hängen Plakate mit der Aufschrift: „Arbeitslose, besorgt Euch Gartenland!“ Zu melden: Gartenbauverein, Eigelstein 104.

Die wenigsten Arbeitslosen, die sich dort melden, können befriedigt werden, weil nicht genügend Land vorhanden ist. Was noch an Land da ist, soll in „Dauergärten“ umgewandelt werden.

Dieses Land ist seit Jahren von fleißigen Menschen, zum großen Teil sogar von Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfängern, gut gedüngt und mit Liebe bearbeitet worden in dem guten Glauben, auf diesem Land noch etwas für sich und seine Familie herausholen zu können, und bei dieser Gelegenheit gleichzeitig etwas für seine Gesundheit zu tun bei guter Luft und Sonne.

Ich bin bereits über ein Jahr erwerbslos und habe bisher einen Garten gehabt von 600 qm, der mich 6,80 M Pacht und 4 M Vereinsbeitrag, also 10,80 M im Jahr kostete. Dieses sogenannte Freigelände soll nun zur Verschönerung der Stadt auf Kosten der Pächter, also zum Teil auf Kosten von Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfängern, in Dauergärten umgewandelt werden. Ein Dauergarten von 300 qm kostet jedoch bei der Stadt Köln 25 M, also mein 600 qm großes Stück Gartenland würde danach 50 M pro Jahr kosten.

Ich zweifle sehr daran, daß die Stadt Köln dabei auf ihre Kosten kommt (die Not ist immer noch im Steigen begriffen und es wird sehr schwer sein, unter diesen Umständen Pächter für das Land zu erhalten), ganz abgesehen davon, daß sie es damit Erwerbslosen unmöglich macht, sich Land zu besorgen. Wie schon gesagt, ist es für Erwerbslose, Wohlfahrtsempfänger oder sonstige Renteneempfänger gar nicht mehr möglich, dort Land zu pachten. Mithin klingt die Aufforderung: „Erwerbslose, besorgt Euch Gartenland!“ wie Hohn.

## Evangelische Sekte erhält Körperschaftsrecht.

(DFV.) Durch Beschluß des Preussischen Staatsministeriums wurde der „Evangelischen Gemeinschaft“ in Preußen am 6. Januar 1932 das Recht einer öffentlichen Körperschaft verliehen. Die „Gemeinschaft“ ist eine protestantische Sekte, die von einem deutsch-amerikanischen Farmer zu Beginn des 19. Jahrhunderts gegründet wurde und seit 1850 auch auf Deutschland übergriffen hat. Die Gemeinschaft besitzt in Deutschland 25 000 Mitglieder. — Einer religiösen Sekte, die 25 000 Anhänger zählt, werden die Körperschaftsrechte zugesprochen. Hingegen verweigert man in demselben Preußen dem Deutschen Freidenkerverband mit seinen 600 000 Mitgliedern dieselben Rechte, obwohl er seit Jahren darum kämpft.

davon. Sie hatte Furcht und fühlte, daß, wenn sie jetzt etwas sehe oder hörte, und wenn es selbst ihre eigene lebende Mutter wäre, sie vor Angst umkommen würde. Die Augen zukneifend, flog sie auf dem wohlbekannten Wege dahin.

## Droizehntes Kapitel.

Schläft die gnädige Frau, oder ist sie noch auf?“ fragte plötzlich neben Axjutka eine tiefe Bauernstimme. Sie öffnete die Augen, die sie vorher zugekniffen gehabt hatte, und erblickte eine Gestalt, die, wie es ihr vorkam, höher war als das Gesindehaus; sie kreischte auf und rannte so schnell zurück, daß ihr Rock Mühe hatte, ihr nachzuflattern. Mit einem Sprunge war sie auf der Freitreppe, mit dem zweiten im Mädchenzimmer und warf sich mit wildem Geheul aufs Bett. Dunjascha, ihre Tante und das andere Stubenmädchen waren starr vor Schreck; aber noch ehe sie hatten wieder zu sich kommen können, ließen sich schwere, langsame, unentschlossene Schritte im Flur und an der Tür vernehmen. Dunjascha ließ die Salbe hinfallen und stürzte zur gnädigen Frau; das zweite Stubenmädchen versteckte sich hinter den an der Wand hängenden Frauenkleidern; die Tante, die mutiger war, wollte die Tür zuhalten; aber die Tür öffnete sich schon, und ein Bauer trat ins Zimmer. Es war Dutlow in seinen Kähen. Ohne auf die Angst der Frauenzimmer zu achten, suchte er mit den Augen das Heiligenbild, und da er das kleine in der linken Ecke hängende Bildchen nicht fand, so bekreuzte er sich nach dem Tassenschrank hin, legte seine Mütze auf das Fensterbrett, steckte die Hand tief in seinen Halbpelz hinein, wie wenn er sich in der Achselhöhle kratzen wollte, und holte einen Brief mit fünf braunen Siegeln hervor, die einen Anker darstellten. Dunjaschas Tante griff sich nach der Brust. Sie konnte nur mit Mühe sprechen.

„Nein, wie du mich erschreckt hast, Semjon Naumowitsch! Ich kann wirklich . . . kein Wort herausbringen. Ich dachte schon, mein Ende wäre da.“

„Wie kann man sich nur so benehmen!“ sagte das zweite Stubenmädchen, hinter den Rücken hervorkommend.

„Auch der gnädigen Frau hast du einen Schreck eingejagt“, bemerkte Dunjascha, die wieder in die Tür trat. „Wie kannst du unaufgefordert ins Mädchenzimmer kommen? Der richtige Bauer!“

Ohne sich zu entschuldigen, wiederholte Dutlow, daß er die gnädige Frau sprechen müsse.

„Sie ist krank“, erwiderte Dunjascha.

In diesem Augenblicke prustete Axjutka mit einem so unanständigen, lauten Lachen heraus, daß sie ihren Kopf wieder in den Kissen des Bettes verbergen mußte, aus denen sie ihn trotz der Drohungen Dunjaschas und der Tante noch lange Zeit nicht herausziehen konnte, ohne von neuem loszuplatzen, gerade als ob in ihrer rosigen Brust und in ihren roten Backen etwas zersprungen wäre. Es kam ihr gar zu komisch vor, daß sie sich alle so geängstigt hatten, und sie versteckte wieder ihren Kopf, zuckte wie in Krämpfen mit dem Schuh und hüpfte mit dem ganzen Körper auf und ab.

Dutlow hielt inne, betrachtete sie aufmerksam, als wolle er darüber ins klare kommen, was eigentlich mit ihr vorgehe; aber als er nicht daraus klug wurde, wandte er sich ab und sprach weiter.

„Nämlich es ist wirklich eine sehr wichtige Sache“, sagte er. „Melden Sie nur, ein Bauer habe einen Brief mit Geld gefunden.“

„Was ist das für Geld?“

Ehe Dunjascha hinging, um es der gnädigen Frau zu melden, las sie die Adresse und fragte Dutlow, wo und wie er dieses Geld gefunden habe, das Polikei aus der Stadt habe holen sollen. Nachdem sie alles genau in Erfahrung gebracht und das Lauvmädchen, das immer noch nicht aufgehört zu prusten, auf den Flur hinausgetrieben hatte, begab sich Dunjascha zur gnädigen Frau; aber zu Dutlows Erstaunen wollte diese ihn dennoch nicht empfangen und hatte auch zu Dunjascha nichts gesagt, woraus man sich vernehmen konnte.

„Ich weiß nicht und will nicht wissen“, hatte die gnädige Frau gesagt, „was das für ein Bauer und was das für Geld ist. Ich kann und will niemand sehen. Er soll mich in Ruhe lassen.“

(Fortsetzung folgt).

# Grundfehler der bürgerlichen Krisentheorie und ihre gefährlichen Folgen.

„Nur“ eine Kaufkraftverschiebung.

## „Allgemeine Ueberproduktion unmöglich.“

Viele bürgerliche Nationalökonomien gehen in krisentheoretischen Betrachtungen davon aus, daß eine allgemeine Ueberproduktion nicht möglich sei. Um diese weitverbreitete und in ihren praktischen Folgen zur Verschärfung der Krise führende Ansicht zu verstehen, wollen wir versuchen, uns in sie hineinzudenken; dann können wir sie nachher am besten bekämpfen. Ich stelle sie daher nachstehend absichtlich so verführerisch wie möglich dar.

Läßt sich denn nicht — so setzt jene Theorie ein — der Preis aller Waren auflösen in Arbeiterlöhne und Kapitalgewinne? (Im Preis der einzelnen Waren sind freilich zum Beispiel auch Rohstoffkosten enthalten! Aber diese lassen sich ja letzten Endes wieder zurückführen auf Arbeiterlöhne und Kapitalgewinne.) Wenn Waren für 1000 Mark gekauft werden, so fließt doch daraus insgesamt den Arbeitern und Kapitalisten ein Einkommen von 1000 Mark zu; sie können zusammen daher auch Waren für diesen Betrag kaufen. Diese Rechnung muß immer aufgehen; ein Fehler, eine Absatzschwierigkeit, kann gar nicht vorkommen, — abgesehen davon, daß natürlich zuweilen Waren produziert werden, die den Wünschen der Konsumenten nicht entsprechen.

Wenn solche Fehlproduktion eintritt, dann werden eben diese Waren im Preis sinken; künftig werden sie nicht mehr oder nicht mehr im alten Ausmaß produziert werden. Das ist ja gerade die Selbststeuerung der Wirtschaft nach den Wünschen der Konsumenten. (Viele kapitalistische Theoretiker geben zu, daß die Selbststeuerung vor dem Krieg besser funktionierte, als heute in einer Zeit zunehmender Kartellbindungen.) Wenn zu viel Schuhe und zu wenig Kleider produziert worden sind, so wird das Gleichgewicht durch Senkung der Schuhpreise und Erhöhung der Kleiderpreise wieder hergestellt; durch diese Preisverschiebungen wird eine Verminderung der Schuhproduktion und eine Vergrößerung der Kleiderproduktion ausgelöst. Der Verlagerung der Nachfrage folgt eine Verlagerung der Arbeitskräfte. Zu einer allgemeinen Krise führt das aber keineswegs.

Abgesehen von vorübergehenden Schwankungen in einzelnen Wirtschaftszweigen, wird alles das produziert, was nachgefragt wird. Die Summe der Preise und die Summe der Einkommen muß stets gleich sein, weil ja die Preise sich in Einkommen von Arbeitern und Kapitalisten auflösen lassen. Eine allgemeine Ueberproduktion — ein Mißverhältnis zwischen Produktion und Kaufkraft, als Ganzes gesehen — kann also gar nicht entstehen.

Wer die eben vorgetragene Beweisführung als richtig anerkennt und in der kapitalistischen Einkommensverteilung also keine Ursachen der Krise sieht, der öffnet sich leicht all den Behauptungen, die *Goldwährung* sei schuld an der Krise, die *Rationalisierung* sei schuld, der technische Fortschritt sei schuld, das *Zahlen* von Reparationen, das *Empfangen* von Reparationen sei schuld u. s. w. Haben sich doch sogar Verleger und Leser für ein Buch gefunden, in dem die Behauptung vertreten wird, die periodische Häufung der *Sonnenflecken* sei schuld an der periodischen Wiederkehr der Wirtschaftskrisen, und für ein anderes Buch, in dem die Wirtschaftskrisen auf gewisse *Bewegungen des Planeten Venus* zurückgeführt werden!

## „Die Kapitalbildung war zu klein — die Arbeiterlöhne waren zu hoch.“

Bürgerliche Nationalökonomien, die *etwas* weiter denken und insbesondere die Beobachtung in Betracht ziehen, daß in den Wirtschaftskrisen die Produktionsgüterindustrien besonders schlecht beschäftigt sind, kommen zu dem Schluß: Die Kapitalbildung war zu klein! Es ist nicht genügend gespart worden, um den Produktionsapparat in Gang zu halten und zu erweitern und — wie man mit einer Verbeugung nach der Arbeiterseite hinzufügt — Arbeitsplätze für die heutigen Arbeitslosen zu schaffen. Weil der Produktionsapparat nicht mehr erweitert wurde, waren die Produktionsgüterindustrien schlecht beschäftigt und haben Arbeiter entlassen müssen; deren Kaufkraft fiel aus auf dem Markt der Konsumgüter; so entstand die Krise. Sie ist also dadurch verursacht worden, daß die Kapitalbildung zu klein, mit anderen Worten: daß die Löhne zu hoch waren und die Profite zu niedrig.

Die Forderung ist daher: Lohnkürzung und dadurch Förderung der Kapitalbildung. Dann Ankurbelung der Wirtschaft durch Aufträge an die Produktionsgüterindustrien; diese stellen Arbeiter ein, die ihrerseits Konsumgüter kaufen und die Konsumgüterindustrien ankurbeln.

## Wo liegt der Fehler?

Es ist richtig: Wenn ein Produkt verkauft wird, dann entsteht beim Verkäufer eine entsprechende Kaufkraft, um andere Produkte zu kaufen. Wenn also für 1000 Mark Produkte verkauft werden, dann können auch für 1000 Mark Produkte gekauft werden. Wir betonen: Wenn für 1000 Mark Produkte verkauft werden. . . . Wenn das aber nicht geschieht? Wenn die Arbeiter wegen Mangel an Kaufkraft die von ihnen hergestellten Produkte nicht kaufen können, die Kapitalisten die Produkte aber nicht kaufen wollen?

Aber: Können dann nicht einfach solche Produkte produziert werden, die die Kapitalisten kaufen wollen? Sie wollen — abgesehen von Luxusgütern — verbesserte Produktionsmittel kaufen, um konkurrenzfähig zu blei-

ben. Nach diesen Wünschen richtet sich die Produktion ja auch, und Produktion und Absatz gehen eine ganze Weile glatt von statten, weil die Kapitalisten ihren Profit dazu verwenden, um sich gegenseitig einen großen Teil des Produkts — Luxusgüter und Produktionsgüter zur Erweiterung und Verbesserung des Produktionsapparates — abzukaufen.

Letzten Endes kommen dann aber aus den Produktionsstätten mehr Konsumgüter für den Massenbedarf heraus; die kaufen sich die Kapitalisten *nicht* gegenseitig ab, und den Arbeitern geben sie weder durch Lohn-erhöhungen, noch durch Preissenkungen genügend Kaufkraft, um sie zu kaufen. Dann bricht die Krise aus, nicht wegen allgemeiner Ueberproduktion, sondern wegen Ueberproduktion an solchen Waren, für die zwar Bedarf, aber keine Kaufkraft da ist.

Damit ist gleichzeitig die Theorie, die Krise sei verursacht durch zu geringe Kapitalbildung, als falsch erwiesen.

Man darf nämlich nicht, wie jene bürgerlichen Theoretiker es tun, nur den Umstand betrachten, daß tatsächlich zu einem bestimmten Zeitpunkt im Konjunkturverlauf die Aufträge an die Produktionsgüter-Industrien nachlassen und diese Industrien deshalb Arbeiter auf die Straße setzen. Wenn man sich im übrigen blind stellt und nur diesen Umstand betrachtet, so kommt man natürlich zu der Parole: *Fördert die Kapitalbildung*; dann können die Unternehmer aller Produktionszweige ihren Produktionsapparat weiter vergrößern und verbessern und dazu der Produktionsgüter-Industrie mehr Aufträge geben. Natürlich könnten dann mehr Produktionsgüter bestellt werden! Aber: wer soll die zusätzlichen Konsumgüter kaufen, die dann letzten Endes doch produziert werden und die sich die Kapitalisten *nicht* gegenseitig abkaufen? Etwa die Arbeiter, deren Löhne um der Förderung der Kapitalbildung willen noch weiter gekürzt worden sind? Durch Förderung der Kapitalbildung und Beschränkung der Massenkaukraft kann das Uebel nur verschlimmert werden — von vorübergehenden günstigen Wirkungen auf den Arbeitsmarkt abgesehen.

## Die gefährlichen praktischen Folgen der bürgerlichen Krisentheorie.

Die heutige Krise ist wie die früheren entstanden, weil durch kapitalistische Monopole gleichzeitig die Aufstellung eines übergroßen Produktionsapparates ermöglicht und die Massenkaukraft beschränkt wurde. Was das einsieht, weiß, welches Mittel allein zur Behebung der Krise führen kann: *Stärkung der Massenkaukraft*.

Wer sich dieser entscheidenden Einsicht verschließt — sei es aus Dummheit, sei es aus Klasseninteresse —, der kann natürlich nicht verstehen, daß durch eine Ver-

schiebung von Kaufkraft die Krise gemildert und bei planmäßiger Wirtschaftspolitik — die der bisher durchgeführten genau entgegengesetzt ist — behoben werden kann. Für ihn ist Kaufkraft Kaufkraft, gleichgültig, wer sie hat und ausübt. Der sagt dann über Arbeitsbeschaffungspläne, was die „Frankfurter Zeitung“ am 31. Januar in einem Leitartikel sagt:

„Es ist klar, daß man Arbeit nicht beschaffen kann, indem man für die Finanzierung dieser Arbeiten Steuern oder Abgaben irgendwelcher Art bereitstellt. . . man kann keine wirklich zusätzlichen Aufträge erteilen, indem man Mittel, die sonst vom Staat oder von Privaten zum Ankauf von Waren verwendet worden wären, zum Ankauf anderer Waren benützt. Denn was man an der einen Stelle an neuen Aufträgen gibt, das wird . . . an einer anderen Stelle an Aufträgen entzogen.“

Das ist natürlich richtig. Und wir bedenken das sehr wohl. Es kommt nämlich gerade „nur“ auf eine Verschiebung von Kaufkraft an.

Auch heute wird Kaufkraft „nur“ verschoben: Das Einkommen der Massen wird zum Beispiel durch Steuern verkürzt; mit den so gewonnenen Mitteln wird die Schwerindustrie subventioniert, damit sie ja weiter ihre Preise hochhalten kann, wodurch die Massenkaukraft weiterhin niedrig gehalten wird; ähnlich werden die Großgrundeigentümer gehalten, indem durch vielerlei Maßnahmen den Massen Kaufkraft entzogen und auf die Großgrundeigentümer verschoben wird. Man tut so heute alles, was man tun kann, um die Krise zu verschärfen, — und zwar „nur“ durch Verschiebung von Kaufkraft!

Wir schlagen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft nun auch „nur“ eine Verschiebung von Kaufkraft vor, allerdings in entgegengesetzter Richtung: Der Schwerindustrie und dem Großgrundeigentum sollen Subventionen entzogen werden; die Preise ihrer Produkte werden fallen, wodurch sofort die Kaufkraft der Masseneinkommen steigt. Darüber hinaus sollen zur Steigerung der Kaufkraft der Massen alle frei gewordenen Mittel verwandt werden, zur Ankurbelung einer Konsumgüter-Industrie, — wir schlagen vor: der Bauwirtschaft, unter anderem deshalb, weil sich in ihr Subventionen besonders rasch in Arbeiterlöhne umsetzen. Wer „nur“ diese Verschiebung von Kaufkraft vornimmt, der tut alles, um die Krise zu überwinden.

Gerade auf die Verschiebung von Kaufkraft kommt es an! Gerade auf das also, was bürgerliche Stellen als unwirksam bezeichnen. Wir wollen nicht müde werden, diesen Grundfehler aufzudecken, deshalb, weil er auch ~~den Arbeitern von Sozialisten vielfach nicht als solcher erkannt wird. Nur auf Grund einer von Fehlern beprägten Theorie aber kann die sozialistische Arbeiterschaft Maßnahmen ergreifen, die aus dieser Krise, und weiter: die aus dem Kapitalismus herausführen.~~

Hellmut Rauschenplat.

## Eine neue Krisentheorie:

### Zu wenig Reiche und zu wenig Kinder.

In Krisenzeiten ist stets Hochkonjunktur für Krisentheorien. Hier die neueste Blüte, aus dem „Bayerischen Kurier“ Nr. 14, vom 14. Januar 1932. Dort heißt es unter der Überschrift „Warum fünf Millionen Erwerbsfähige zu viel?“:

„Der wertvollste Volksteil für die Belebung des Marktes sind die *Nur-Konsumenten*, die nur etwas brauchen, aber keinen Arbeitsplatz beanspruchen: die Reichen und die Kinder!“

*Mehr Reiche?* Also noch mehr Menschen, die dazu helfen, daß ein Produktionsapparat aufgestellt wird, der dann wegen Beschränkung der Massenkaukraft nicht ausgenutzt werden kann?

*Mehr Kinder?* Wenn nur die vorhandenen Kinder sich alle satt essen und warm kleiden könnten! Sie könnten die Wirtschaft in der Tat ausgezeichnet ankurbeln, wenn nur ihre Eltern mehr Kaufkraft hätten!

Um es kurz zu sagen: Wir haben weder zu wenig Reiche, noch zu wenig Kinder in Deutschland und anderswo, aber allerdings zu wenig — wenn schon nicht reiche, so doch — wohlhabende Kinder. Rpt.

## „Garantiepreise“ für landwirtschaftliche Produkte.

So lautet die neueste agrarische Forderung. Zunächst war sie vorsichtiger Weise beschränkt auf die Getreidemengen, die verpfändet werden für Düngemittel- und Saatgutlieferungen. KONRAD, der Leiter der Getreidestelle im Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, verlangt im „Genossenschaftsblatt“ nunmehr ganz allgemein: „Die Landwirtschaft muß für ihre lebenswichtigen Erzeugnisse ausreichende *Garantiepreise* bekommen, die sie von den heutigen Gefahren des Marktes befreien.“ In allg. verständliches Deutsch übersetzt, heißt das: Die Großagrarien wollen für Getreide Preise garantiert haben, die es ihnen möglich machen, weiter zu wirtschaften, weiterhin Brotwucher zu treiben und weiterhin — dank ihrer Verbindungen zur hohen Bürokratie in allen Ämtern — die deutsche Politik entscheidend mit zu bestimmen. Dabei behauptet Herr KONRAD, bei der Schaffung von Garantiepreisen würde „der *Brotpreis* . . . seines politischen Charakters entkleidet!“ „Politik“ nennen diese Herren mit mißbilligender Miene stets nur die Politik der anderen.

## Ein Zentrumsmann über Brünings Wirtschaftspolitik.

Dr. WAGES (Zentrum) in Essen vor dem Windhorst-Bund: BRÜNING'S erstes Ziel war, im Innern mit eigener eiserner Kraft Ordnung zu schaffen. Diese Politik hat ein scharfes

Eingreifen mit Notverordnungen notwendig gemacht. Aber trotzdem ist an den Grundrechten der Arbeiter- und Angestelltenschaft nicht gerüttelt worden. BRÜNING hat den Binnenmarkt mit allen Mitteln gestärkt. BRÜNING hat mit seiner Vierten Notverordnung den Weg für den Wiederaufbau der Wirtschaft gewiesen. BRÜNING ist ein Mann, der die entscheidenden Dinge im rechten Moment tut. — Warum kann ein Redner solche Behauptungen aufstellen, ohne daß die Hörer ihn auslachen und ihn davonjagen? Warum kann er dagegen zum Beispiel nicht sagen, BRÜNING habe erreicht, daß der Rhein künftig bergauf fließt, — ohne ausgelacht und davongejagt zu werden? Doch nur, weil es um volkswirtschaftliches Wissen beim souveränen deutschen Volk ganz jämmerlich bestellt ist und weil die heutigen Machthaber natürlich dafür sorgen, daß dieser für sie höchst angenehme Zustand erhalten bleibt. Uns bleibt die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß er möglichst rasch aufhört.

## Es gibt noch gutgehende Unternehmungen.

Trotz der Wirtschaftskrise gibt es immer noch eine Reihe von Unternehmungen, deren Gewinne wenig oder gar nicht abnehmen oder sich, selbst nach erheblicher Verminderung, im Vergleich zu der Mehrzahl der Unternehmungen auf ungewöhnlich hohem Stande halten. Wir veröffentlichen heute schon die fünfte Liste solcher Gesellschaften.

Die *Norddeutschen Kohlen- und Cokes-Werke* (Hamburg) verteilen, wie im Vorjahre, 7% Dividende. — Die *Glas- und Spiegel-Manufaktur AG* (Gelsenkirchen-Schalke) verteilt 7% (Vorjahr: 10%). — Die *H. Stodiek & Co. AG* (Bielefeld) wird voraussichtlich, wie im Vorjahre, 8% Dividende verteilen. — Die dänische Firma *Aarhus Oliefabrik AG* konnte ihre Dividende von 5% im Vorjahr auf 8% für das vergangene Jahr erhöhen. — *Baumwollspinnerei Germant (Epe)*. Vorschlag des Aufsichtsrats: die Dividende gegenüber dem Vorjahr von 9 auf 10% zu erhöhen. — Der *Ullsteinverlag* erzielte für 1931 einen Reingewinn von 1 276 000 Mark gegenüber 1 369 000 Mark im Vorjahr. Ueber die Höhe der Dividende werden noch keine Angaben gemacht. Im Vorjahr betrug sie 10%. — Die französische Filmgesellschaft *Pathé Cinema* weist einen Reingewinn von 85 Millionen Francs auf gegenüber 25 Millionen Francs im Vorjahr. — Die *AG für Filmfabrikation* (Berlin) verteilt wieder 8% Dividende. — Die englische Textilfirma *Fleming Reid & Co.* erklärt eine Dividende für das vergangene Jahr von 15%. — Die englische Kaufhausgesellschaft *Bradbury Greator & Co.* dagegen verteilt nur 12% Dividende. — Der große englische Tabakkonzern *Imperial Tobacco Co. Ltd.* berichtet, daß sein Reingewinn nur um 3% zurückgegangen ist. „Die Wirtschaftskrise dient nur dazu, die Macht dieses großen Unternehmens zu betonen“, schreibt eine Londoner Handelszeitschrift über den Jahresbericht dieser Firma. Der Reingewinn beträgt 24% des Stammkapitals. Die Dividende wurde von 23% auf 23¼% herabgesetzt. Die einzige Klage im Jahresbericht läuft darauf hinaus, daß eine wesentliche Zunahme im Tabakverbrauch für das kommende Jahr nicht zu erwarten sei.